

Strenge Regeln für V-Leute

Erfurt. (dpa) Thüringens Innenminister Jörg Geibert (CDU) hat strengere Regeln für den Umgang mit V-Leuten des Verfassungsschutzes gegen Kritik verteidigt. „Die Vorgaben sind schärfer als anderswo. Aber das ist so gewollt“, sagte er. Schließlich müssten Konsequenzen aus Fehlern und Versäumnissen bei der Verfolgung des aus Jena stammenden rechten Terrortrios des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) gezogen werden. Dem sei das neue Verfassungsschutzgesetz verpflichtet, das derzeit im Thüringer Landtag beraten wird.

Es nimmt dem Geheimdienst den bisher üblichen Ermessensspielraum bei der Weitergabe von Informationen über Straftaten an Staatsanwaltschaft und Polizei. Geibert bestätigte, dass die Thüringer Regelung in anderen Bundesländern und beim Bund skeptisch gesehen wird (die TLZ berichtete). „Es gibt Irritationen“, sagte er. Die Kritik an der Thüringer Verfassungsschutzreform, die nach Zustimmung des Landtags Anfang 2015 in Kraft treten solle, komme vor allem aus den Verfassungsschutzbehörden. „Die Innenminister haben einen anderen Blick darauf.“

Der CDU-Politiker sieht nicht die Gefahr, dass die Neuregelung die Arbeit des Verfassungsschutzes nicht nur in Thüringen beeinträchtigt. „Der Einsatz von V-Leuten wird damit nicht unmöglich gemacht. Aber wir wollen nicht mit Verbrechern zusammenarbeiten.“ **Meinung**



Kinderreiche Familien wollen mehr gesellschaftliche Anerkennung: Häufig fühlen sich Eltern mit ihren Kindern ausgegrenzt. Auch vom Land verlangt der Interessenverband kinderreicher Familien deutliche Änderungen bei Hort- und Kitagebühren. Foto: dpa

„Kinder sind mehr als nur ein Kostenfaktor“

Kinderreiche Familien: Das Land könnte an vielen Stellschrauben drehen

■ Von Hartmut Kaczmarek

Erfurt. Katrin Konrad hat gerne einen chinesischen Spruch parat, wenn sie auf die Arbeit ihres Verbandes angesprochen wird: „Wer Geld und keine Kinder hat, der ist nicht wirklich reich, wer Kinder und kein Geld hat, der ist nicht wirklich arm.“ Katrin Konrad ist die Vorsitzende des Verbandes kinderreicher Familien in Thüringen. Dort haben sich Familien organisiert, die drei und mehr Kinder haben.

Was die engagierte Mutter besonders ärgert: Immer wieder werden kinderreiche Familien und Armut in einem Atemzug genannt. Aber für sie gilt: „Kinder sind für uns mehr als ein Kostenfaktor. Sie sind Lebensfreude und bereichern täglich unser eigenes Leben. Sie öffnen unseren Blick für die kleinen und großen Dinge immer wieder aufs Neue.“

Konrad weiß, dass sie auch gegen viele Vorurteile anzukämpfen hat. Nicht nur gegen das der Kinderarmut. Als sie in der vierten Schwangerschaft war, musste sie sich von einer Krankenschwester folgenden Satz anhören, der sie heute immer noch schockiert: „Sie haben doch schon drei Kinder. Und dann lassen sie sich noch eins andrehen...“ Was diese Kran-

kenschwester und manch anderer nicht begreifen: Dass man sich auch bewusst für viele Kinder entscheiden kann. „Ein Leben mit drei und mehr Kindern ist schön und in Thüringen möglich“, sagt Konrad aus Überzeugung.

Aber es gibt auch viele Probleme, mit denen kinderreiche Familien zu kämpfen haben. Da sind beispielsweise die Gebühren für Horte und Kitas. Die Geschwisterrabatte sind nach Einschätzung des Verbandes häufig zu niedrig angesetzt. Beispiel Horte: Bisher werden Geschwisterkinder in vielen Kommunen mit einem Betrag von 200 Euro vom Familieneinkommen abgezogen. Dieser Betrag reicht nach Einschätzung des Verbandes nicht aus, um in eine günstigere Staffelung beim Familieneinkommen zu gelangen. In Thüringen gibt es derzeit nur noch drei Einkommensgrenzen: Bis 1060 Euro kann der Hort frei genutzt werden, darüber hinaus gibt es unterschiedliche Staffellungen für das Familieneinkommen und die dann zu zahlenden Hortgebühren. Die Grenzen liegen bei 1500 und 2500 Euro. Die Rechnung, die Konrad anstellt: Um in eine günstigere Einkommensgruppe zu gelangen, bedarf es drei oder vier Geschwisterkinder. Die Folge: Das Kita-

Kind wird als Einzelkind berechnet, obwohl weitere Kinder im Haushalt leben und dort finanziell versorgt werden.

Ganz praktisch wird das Beispiel wenn ein Kind von der Grundschule mit Hortbetreuung auf eine weiterführende Schule wechselt. „Sobald das Kind die fünfte Klasse besucht, bezahlt man 25 Prozent mehr“, beklagt sich Konrad. Sie fordert eine Regelung, die sich an der Berechtigung zum Bezug von Kindergeld orientiert. Dann würden auch größere Kinder bei den Gebühren berücksichtigt.

„Es sind ganz viele kleine Stellschrauben, an denen man drehen könnte, um die Situation kinderreicher Familien in Thüringen zu verbessern“, sagt Konrad. Denn mit Problemen haben diese Familien schon genug zu kämpfen. Das fängt bei der Suche nach angemessenem Wohnraum an und endet bei Problemen im Berufsleben.

Was sie in Thüringen gut findet, ist das Landeserziehungsgeld: Hier sieht sie eine deutliche Unterstützung der Mehrkinderfamilien. „Familie braucht Zeit füreinander, weniger staatliche Betreuung“, sagt sie. Das Landeserziehungsgeld sichere außerdem die Wahlfreiheit der Familien. Aber sie kann sich auch eine Aufstockung der Leis-

tungen auf bis zu 300 Euro vorstellen. „Das Thüringer Modell sollte für alle Familien in Deutschland gelten“, so Konrad. „Als Landesverband setzen wir uns dafür ein, dass auch die neue Landesregierung Familien bei der Wahl der Betreuung ihrer Kleinkinder unterstützt und Familien, die ihr Kind zu Hause betreuen nicht finanziell „abhängt“.“ Am Landeserziehungsgeld will im Augenblick nur die CDU festhalten. Der Verband kritisiert damit deutlich die Positionen aller anderen im Landtag vertretenen Parteien. SPD, Linke, Grüne und FDP verlangen die Abschaffung des Landeserziehungsgeldes. Mit den freiverwendenden Mitteln könnten dann andere sinnvolle familienfreundliche Maßnahmen, vor allem ein Ausbau und eine qualitative Verbesserung der Kita-Betreuung, organisiert werden, argumentieren sie. Unterstützung bekommt der Verband von Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht. Ihr beirätet er aus ihrer Sicht alarmierende Rückgang der kinderreichen Familien Sorge, wie sie kürzlich in einem Interview sagte. Die kinderreichen Familien seien aus dem Blick geraten. „Wir sind Kinder-entwöhnt und müssen Kinder wiederentdecken als unseren Schatz.“

TLZ PRÄSENTIERT

Ein Plädoyer gegen den Krieg

Todenhöfer heute bei den Lesarten

Weimar. „Wieso darf man Kinder töten?“ Auf diese Frage bekommt Jürgen Todenhöfer schon als Kind nach dem Bombenangriff auf Hanau 1945 keine Antwort. Heute, nachdem er viele Jahre damit verbracht hat, Kriegsgebiete zu bereisen, Menschen dort zu erkennen, wo andere nur Feinde sehen wollen, erinnert er sich und stellt wieder die alles entscheidende Frage: „Wie kann, was im eigenen Land als schändliches Verbrechen gilt, außerhalb der Grenzen eine Heldentat sein?“

Sein Buch „Du sollst nicht töten“, das sich vornehmlich aus seinen dramatischen Erlebnissen während des Arabischen Frühlings speist, legt Zeugnis ab von Hass, Demütigung und Vernichtung – gestern und heute. Heute stellt er es in Weimar vor. Immer wieder fragt er sich, warum Menschen moralische Grenzen überschreiten. Nicht nur jene, die vergewaltigen, foltern und töten, sondern auch jene, die am Schreibtisch andere aussenden „zur Verteidigung“ von Freiheit und Frieden. Immer wieder konfrontiert Jürgen Todenhöfer das Bild, das öffent-



Heute bei den Lesarten in Weimar: Jürgen Todenhöfer mit „Du sollst nicht töten“.

lich von Kriegen gezeichnet wird, mit der Realität vor Ort. Er gibt den Namenlosen ein Gesicht und zeigt uns unsere beschämenden Feindbilder.

Jürgen Todenhöfer spendet Gelder aus seinem Buchverkauf für Kinder, die in kriegerischen Auseinandersetzungen verletzt wurden und nun dringend Prothesen benötigen.

Lesarten Weimar, heute, 19.30 Uhr, Hotel Elephant; Moderation Gerlinde Sommer, stellvertretende TLZ-Chefredakteurin

Pflegekräfte wandern ab

Tarifbindung in Thüringen gering

■ Von Katrin Zeiß

Erfurt. Thüringen hinkt bei den Löhnen für Altenpfleger hinterher. Das hängt auch an der geringen Tarifbindung, wie eine neue Studie der Landesregierung zeigt.

In Thüringen zahlt nur eine Minderheit der Anbieter für Alten-, Kranken- und Behindertenpflege ihre Beschäftigten nach Tarif. Nach einer neuen Studie liegt die Tarifbindung in der Thüringer Sozialwirtschaft bei 30 Prozent. In der Altenpflege gilt sogar nur für weniger als sieben Prozent der Anbieter eine Tarifbindung, wie Sozialministerin Heike Taubert (SPD) sagte. In Bayern – wohin viele in Thüringen ausgebildete Fachkräfte wegen der besseren Bezahlung abwandern – zahlen knapp 40 Prozent der Altenpflegeunternehmen Tariflöhne, bundesweit sind es 46 Prozent.

In Thüringen arbeiten etwa 20000 Menschen in der Altenpflege. Die schlechte Bezahlung der Altenpfleger ist seit Jahren ein Thema für die Landespolitik. Problem sei das Zusammenspiel aus niedrigen von den Pflegekassen an die Anbieter gezahlten Pflegevergütungen und niedriger Tarifbindung, sagte Wirtschaftsminister Uwe Höhn (SPD). Wie Taubert sieht er

einen Dumpingwettbewerb der Unternehmen um möglichst niedrige Löhne in der Pflegebranche.

Taubert verwies auf den vom Land angeschobenen Pflegepakt mit den Pflegekassen und -unternehmen. Es sei wesentliches Ziel der Vereinbarung, die Bezahlung der Pflegekräfte zu verbessern. „Dafür wollen wir auch jetzt eintreten“, sagte sie.

In der von der Prognos AG (Berlin) erarbeiteten Studie wird allerdings darauf verwiesen, dass die Vergütung von Pflegeleistungen auch im Sinne der Sozialhilfeträger – der Kommunen – künstlich niedrig gehalten worden sei. In Thüringen ist bereits jetzt jeder zehnte Pflegebedürftige auf Sozialhilfe angewiesen, weil die eigenen Ersparnisse nicht ausreichen. Die Pflegeversicherung deckt nur einen Teil der in Anspruch genommenen Leistungen. Beklagt wird in der Studie auch das schlechte Ansehen, das Pflegeberufe in der Öffentlichkeit genießen.

In Thüringen leben 82000 Pflegebedürftige. Bis zum Jahr 2030 werden im Freistaat einer anderen Untersuchung zufolge etwa 8000 zusätzliche Pflegefachkräfte gebraucht. Dann dürfte etwa jeder zehnte der etwa eine Million Thüringer auf Pflege angewiesen sein.

Die Hochschulen bekommen deutlich mehr Geld vom Land

Nach monatelangem Streit erzielen Matschie und Voß einen Kompromiss – Landesrektoren setzen sich mit ihrem Vorschlag durch

■ Von Simone Rothe

Erfurt. Lange schien keine Einigung in Sicht: Nun können Thüringens Hochschulen 2016 mit 15 Millionen Euro mehr vom Land rechnen.

Die schwarz-rote Koalition in Thüringen hat sich auf einen Kompromiss zur künftigen Hochschulfinanzierung geeinigt. Thüringen folge der Empfehlung des Wissenschaftsrats, wonach die Grundmittel der Hochschulen sich jährlich in einem Umfang von einem Prozentpunkt oberhalb der erwartbaren wissenschaftsspezifischen Tarif- und Kostensteigerungen erhöhen sollen, erklärten das Finanz- und das Wissenschaftsministerium. Die Hochschulen im Freistaat können damit ab 2016 mit etwa 15 Millionen Euro mehr rech-

nen, sagte ein Sprecher des Wissenschaftsministeriums. Unterm Strich bedeutet diese Formulierung, die ein Kompromissvorschlag der Landesrektorenkonferenz ist, dass die Thüringer Hochschulen mit etwa vier Prozent pro Jahr mehr Geld rechnen können. Denn die „wissenschaftsspezifischen Tarif- und Kostensteigerungen“ werden vom Bildungsministerium mit etwa drei Prozent veranschlagt.

2020 könnte der Mehrbetrag bereits bei knapp 18 Millionen Euro liegen. Über Monate war über die Forderung von Wissenschaftsminister Christoph Matschie (SPD) nach einer pauschalen Anhebung von vier Prozent gestritten worden. Linke und Grüne sprachen von einem faulen Kompromiss, der die Probleme der Hochschulen nicht löse.



Für bessere Studienbedingungen erhalten die Thüringer Hochschulen mehr Geld vom Land. Foto: Peter Michaelis

„Ich begrüße den Kompromissvorschlag der Hochschulrektoren. Damit ist die starre Vier-Prozent-Regelung, die eine Automatik bedeutet hätte, vom Tisch“, sagte Finanzminister Wolfgang Voß (CDU). Nach An-

sicht von Voß steht einer Überweisung der Hochschulrektorenplanungs an den Landtag nun nichts mehr im Wege. Damit habe die Hängepartie ein Ende, sagte der CDU-Hochschulpolitiker Mario Voigt.

Matschie will die Finanzierungsregelung und den Hochschulentwicklungsplan in der nächsten Woche zum Thema im Kabinett machen. „Mit der Strategie 2020 sollen die Hochschulen Planungssicherheit sowie eine klare und verlässliche Perspektive erhalten“, so der Wissenschaftsminister. „Mein Ziel ist, in Lehre und Forschung in der ersten Bundesliga zu spielen.“ Wenn der Finanzminister jetzt zu seiner Finanzierungszusage für die Hochschulen stehe, könne die seit Monaten fertige Strategie schon in der nächsten Kabinettssitzung beschlossen werden. Nach Angaben seines Sprechers kommt die jetzt gefundene Regelung der von Matschie ursprünglich geforderten vierprozentigen Steigerung der Landeszuwendungen nahe. Die Grünen-Abgeordnete As-

trid Rothe-Beinlich erklärte, den Hochschulen fehlten schon jetzt 25 bis 30 Millionen Euro, Stellenabbau und die Streichung von Studiengängen sei Realität. Ähnliche Worte fand Susanne Hennig-Wellsow von der Linken. Sie kritisierte eine fehlende Hochschulentwicklungsplanung.

Die Hochschulen sind trotz des jetzt erzielten Kompromisses in der Koalition nach Einschätzung der Bildungsgewerkschaft GEW chronisch unterfinanziert. GEW-Chef Torsten Wolf verwies auf Zahlen des Bildungsfinanzberichts des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2013. Dort steht, dass Thüringen bei den Ausgaben für die Grundfinanzierung der Hochschulen pro Kopf im Jahr 2013 exakt 225 Euro bereitgestellt hat. Die durchschnittlichen Aus-

gaben aller Länder lagen aber bei 271 Euro. Die GEW errechnet daraus ein Finanzierungslücke im Vergleich zu den anderen Bundesländern von mehr als 103 Millionen Euro. Auch wenn man die Ausgaben für die Grundfinanzierung in Prozent des Haushalts berechnet, ist Thüringen deutlich abgehängt: 7,9 Prozent in Thüringen stehen 10,7 Prozent in den Flächenländern West und 8,5 Prozent in den östlichen Flächenländern gegenüber. Wolf zieht daraus den Schluss, „dass gute wissenschaftliche Arbeit in Thüringen weiterhin ein Fremdwort ist, da die fehlenden Mittel in der Grundfinanzierung durch die Hochschulen nur durch Drittmittel ausgeglichen werden können. Thüringer Hochschulen könnten im Bereich der Spitzenforschung nicht mithalten.“